

Anlage

Stellenausschreibung des Niedersächsischen Justizministeriums

Im Niedersächsischen Justizministerium ist in der Geschäftsstelle des Landespräventionsrats (LPR) der Arbeitsplatz einer **Referentin oder eines Referenten für den Arbeitsbereich „Prävention von salafistischer Radikalisierung“ im Landesdemokratiezentrum Niedersachsen** zu besetzen.

Das Landesdemokratiezentrum hat u.a. die Aufgabe, die landesweiten Aktivitäten der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Menschenrechte zu bündeln, die Netzwerkarbeit auszubauen, Impulse für die Weiterentwicklung bestehender und die Entwicklung neuer gemeinsamer Präventionsaktivitäten zu geben, die Zivilgesellschaft einzubinden und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Im Arbeitsbereich „Prävention von salafistischer Radikalisierung“ steht die fachliche Unterstützung bei der Konzipierung und Durchführung präventiver Maßnahmen und Angebote bezüglich religiös motivierter, salafistischer Radikalisierung sowie Islamfeindlichkeit im Vordergrund. Hierzu gehören unter anderem die Durchführung und Weiterentwicklung eines Fortbildungsangebots, die Begleitung von Konzeptions- und Implementierungsphasen präventiver Ansätze auf lokaler Ebene, die themenspezifische Wissensvermittlung und die Bereitstellung sowie Ausweitung eines Fach-Netzwerkes zu Akteurinnen und Akteuren der Präventionsarbeit in Niedersachsen.

Der zu besetzende Arbeitsplatz ist **befristet bis zum 31.12.2019**. Für Tarifbeschäftigte ist der Arbeitsplatz nach **Entgeltgruppe 13 TV-L** bewertet. Eine zeitnahe Besetzung (in Teilzeit oder Vollzeit) ist beabsichtigt.

Zu den Aufgaben auf dem zu besetzenden Arbeitsplatz gehören:

- fortlaufende Analyse der Forschungslage zur Prävention von salafistischer bzw. religiös-motivierter Radikalisierung sowie von Islamfeindlichkeit und zur Förderung von Demokratie und Vielfalt

- Vermittlung/Transfer der wissenschaftlichen Erkenntnisse an die Akteure in den staatlichen und nichtstaatlichen niedersächsischen Institutionen
- Aktive Vernetzung von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren
- Beratung und Unterstützung von Kommunen und Zivilgesellschaft bei der Entwicklung und Durchführung präventiver Maßnahmen sowie der Vernetzung mit themenspezifischen Präventionsakteuren und Maßnahmen in Niedersachsen und darüber hinaus
- Projektkonzeptionierung und -planung, sowie Durchführung und /oder Begleitung von Projekten in Kooperation mit Partnern des LPR
- Vertretung der Arbeitsbereichsleitung
- Zusammenarbeit mit dem gesamten Team des Landesdemokratiezentrums (vor allem im Arbeitsbereich Rechtsextremismus) und den weiteren Arbeitsbereichen in der Geschäftsstelle des Landespräventionsrates Niedersachsen.

Gesucht werden Bewerberinnen und Bewerber mit einem abgeschlossenen Studium der Geisteswissenschaften (Islamwissenschaft, Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialpädagogik, Pädagogik) oder einem vergleichbaren Master-Abschluss. Einschlägige Kenntnisse der Phänomene salafistischer bzw. religiös-motivierter Radikalisierung und Islamfeindlichkeit werden vorausgesetzt. Selbständiges Arbeiten, fundierte Methodenkompetenzen (qualitative und quantitative Forschungsmethoden, Vorträge, Workshops, etc.), sichere Kenntnisse der englischen Sprache in Wort und Schrift, Teamkompetenz, kommunikative und organisatorische Fähigkeiten sowie ein sicheres Auftreten werden erwartet. Verwaltungserfahrung und Kenntnisse im Bereich der Rechtsextremismusprävention und Radikalisierungsforschung sind wünschenswert.

In Entgeltgruppe 13 TV-L sind derzeit im Niedersächsischen Justizministeriums Männer unterrepräsentiert. Qualifizierte Männer werden daher ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen bzw. Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach Maßgabe der einschlägigen Vorschriften bevorzugt berücksichtigt. Auf eine Behinderung/Gleichstellung bitten wir zur Wahrung Ihrer Interessen bereits in der Bewerbung deutlich hinzuweisen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **bis zum 31.08.2018** an das Niedersächsische Justizministerium, Frau Maurischat, Referat 101, Am Waterlooplatz 1, 30169 Hannover oder übersenden sie per E-Mail an karola.maurischat@mj.niedersachsen.de.

Telefonische Informationen erhalten Sie bei dem Leiter des Arbeitsbereichs, Herrn Dr. Preuschaft (LPR) (Tel.: 0511/120-8714).